

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 2. März 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfenning die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfenning die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 26.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Gewerkschaftsrevue: Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier und in England.

Aus dem Genossenschaftsleben: Das kapitalistische Genossenschaftsleben.

Korrespondenzen: Barmen. — Dresden. — Emden. — Gildesheim. — Ludwigshafen a. Rh.

Rundschau: Aufbruch zur Unterfütterung der ausgesperrten Bergarbeiter. — Eine Schwindselbeilage. — Veränderung der Ortsklassen des Reichsbesoldungsgesetzes. — Neue Keimzelle der Allgemeinen Deutschen Buchdruckerunterstützungsgesellschaft. — Gewerkschaftsnachrichten.

Gewerkschaftsrevue.

Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier und in England.

Die wichtigste Frage im deutschen Gewerkschaftsleben bildet zurzeit die Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier. Und da inzwischen auch der ablehnende Standpunkt der Besondereverwaltung zu den von uns schon in Nr. 25 unter „Rundschau“ veröffentlichten Forderungen der Arbeiterorganisationen bekannt geworden ist, so muß leider damit gerechnet werden, daß wir am Vorabend eines großen gewerkschaftlichen Kampfes stehen, der das gesamte wirtschaftliche Leben Deutschlands schwer treffen wird. Das ergibt sich aus der Bedeutung, die die Kohलगewinnung im Ruhrgebiete nicht nur für das deutsche Wirtschaftsleben, sondern für den gesamten Weltmarkt hat. Denn von den 152831509 Tonnen Kohlen, die z. B. im Jahre 1910 in ganz Deutschland gefördert wurden, entfielen allein 86865000 Tonnen im Werte von 840204000 Mk. auf das Ruhrgebiet.

Diese Zahlen lassen die Bedeutung des Ruhrgebietes auf dem Kohlenmarkt erkennen. Niemand wird wünschen, daß hier eine Störung des Gewerkschaftslebens vorkommt; wenn sie aber dennoch vorkommt, dann ist es nicht die Schuld der Arbeitermassen oder der Tätigkeit der Gewerkschaftsbeamten. Die Gründe hierfür liegen tiefer. Seit Jahren hat sich im Ruhrgebiet unter den Bergarbeitern ein unerträgliches Groll angehäuft.

Während des großen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1905 wurden gesetzliche Maßnahmen in Vorschlag gebracht, die das Bergarbeiterlos mildern sollten. Doch es geschah nicht viel. Wohl kamen 29 Landtagsabgeordnete ins Ruhrgebiet, um die Beschwerden der Bergarbeiter an Ort und Stelle zu prüfen. Nach zwei Tagen, mit einem Wille „Zur Erinnerung an ihr Vergamensleben“ beladen, dampften die Volksvertreter wieder ab. Sie hatten die Erkenntnis gewonnen, daß es ein Landarbeiter schwerer habe als ein westfälischer Vergmann. Diesen Leuten war die Regierungsvorlage zur Veränderung des preussischen Verggesetzes anvertraut. Das wenig Gute, das die Regierungsvorlage bot, wurde von ihnen vernichtet. Die Regierung unterwarf sich dem Machtwort der hohen Herren. Die Scharfmacher übten in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“: „Ob jetzt die Regierung die Vorlage noch als die ihre anerkennt? Ob der Vogel ihr nicht allzu sehr gerupft ist?“ O nein, die Regierung nahm den gerupften Vogel hin. Über dieses veröfentlichte Verggesetz fällt selbst „Der Vergknappe“ das Urteil, daß man den Vergleuten „Steine statt Brot“ gegeben. Und doch wurde etwas beseitigt. Das Verlichigte „Nullen“ wurde verboten. Es darf seit 1905 nicht mehr „gemulkt“, sondern nur noch bestraft werden.

Im Jahre 1906 trat die preussische Volksvertretung wieder in Aktion für die Bergarbeiter. Sie änderte die gesetzlichen Bestimmungen, die das Knappschaffswesen regeln. Hierbei wurde den Verginwaldden die Wahlberechtigung und die Wahlbarkeit zum Knappschaffsältesten genommen. Früher wurde an die Verginwaldden, sofern sie noch Kinder unter 14 Jahren hatten, ein Kindergehd (Erziehungsbetrliffe) von je 3,20 Mk. gezahlt. Auch das wurde bei der Änderung des Knappschaffsgesetzes beseitigt.

Durch die Änderung des Knappschaffsgesetzes mußte für den Wochener Knappschaffsvereine, dem sämtliche Bergarbeiter des Oberbergamtsbezirks Dortmund angehören, ein neues Statut geschaffen werden. Die Bergarbeiter stellten zum Statutentwurf durch ihre Knappschaffsältesten eine Anzahl Änderungsanträge. Die Unternehmer im Knappschaffsverein ließen sich auf nichts ein. Als der 1. Januar 1908 herankam, war kein neues Knappschaffsstatut geschaffen. Das Oberbergamt erließ

ein Zwangsstatut; erst im Sommer 1908 kam durch langwierige Verhandlungen, wobei die Bergarbeiter der nachgebende Teil waren, ein ordnungsgemäß angenommenes Statut zustande.

Mittlerweile war auch die Hochkonjunktur des Jahres 1906/07 vorüber. Auf den Werken wurde mit Lohnreduzierungen über Lohnreduzierungen vorgegangen. Im vierten Quartale 1907 stand der Durchschnittslohn aller Bergarbeiter auf 4,99 Mk. pro Schicht, im vierten Quartale 1909 auf 4,48 Mk. Ein Lohnrückgang von 51 Pf. täglich innerhalb zwei Jahren. Noch drastischer kommt der Lohnrückgang bei den eigentlichen Bergarbeitern (Hauer und Lehtshauer) zum Ausdruck. Bei dieser Arbeiterkategorie stand der Durchschnittslohn im vierten Quartale 1907 auf 6,14 Mk. und wurde im vierten Quartale 1909 bis auf 5,30 Mk. heruntergeregelt. Von dieser Zeit an zeigt sich wieder eine Aufwärtsbewegung in der Lohnkurve, die aber nicht einmal auf die alte Höhe anstieg. Der Durchschnittslohn aller Arbeiter stand im dritten Vierteljahre 1911 (letzte amtliche Lohnstatistik) auf 4,72 Mk., der der Hauer und Lehtshauer auf 5,58 Mk. Das ist eine in keiner Weise befriedigende Steigerung. Hierbei muß besonders der inzwischen eingetretenen Verteuerung der Lebensmittel und sonstigen Bedürfnisartikel gedacht werden. Der Lohnverlust der Bergarbeiter, der durch direkte Lohnreduzierungen entstanden ist, berechnet sich von Anfang 1908 bis Ende des dritten Vierteljahrs 1911 auf 139360115 Mk.! Und bei diesen starken Lohnverlusten ist der Wert der Leistungen pro Mann und Schicht gestiegen. Der Wert der Leistung pro Mann und Schicht betrug im Hochkonjunkturjahre 1907: 7,84 Mk., 1908: 8,01 Mk., 1909: 8,08 Mk. und 1910: 8,09 Mk. Für 1911 ist eine Berechnung noch nicht möglich, weil die hierzu notwendigen Zahlen noch fehlen.

Müssen schon diese Zustände starke Unzufriedenheit unter den Bergarbeitern erregen, so kommen dazu noch andre, die außerhalb der Lohnfrage liegen. Radobol Schor der Name allein treibt dem Vergmann die Hornsröte ins Gesicht! Nicht nur, daß er dabei bereit gebent, die dort unten den Flammotter starben, sondern auch der späteren Vorkommnisse entnimmt sich der Vergmann dabei. Mit dem Namen Radobol ist jene Scheintonsituation von Arbeiterkontrolle, die der Scharfmacher Hilger mit den Worten „weiße Salbe“ belegte, unlöslich verknüpft. Kontrollleure zum Schutze des Lebens und der Gesundheit verlangten die Bergarbeiter. Die Unternehmer schrien Feter und Morbio, als die Regierung es nur wagte, einen vollständig unzulänglichen Gesegentwurf vorzulegen, in dem das jetzt gültige System der Sicherheitsmänner zugesagt war. Unausprechbar stehen die Worte des Herrn Generaldirektor Uthemann im Gedächtnisse der Bergarbeiter, die er in der Palasthofkonferenz am 5. Januar 1909 seinen anwesenden Scharfmacherkollegen zurief:

Wir sind Herr im Hause und wir lassen die Arbeiter nicht hineinreden. Drücken Sie dem Minister da den Herrenstandpunkt ins Auge. Das ist nach meiner Überzeugung die einzige Möglichkeit, das unheilvolle Gesetz zum Scheitern zu bringen, daß wir dem Herrenhause sagen können: Wir haben unseren Herrenstandpunkt vertreten, nun, Herrenhause, zeige, daß Du Deinen Namen verdienst und hilf uns.

Die Vorlage, gegen die Herr Uthemann seine Kollegen zum Kampf aufrief, ist zwar Gesetz geworden. Die Herren wurden befehrt, daß ihr Widerstand unflug sei. Sie setzten dem Gesegentwurf keinen Widerstand mehr entgegen, um für später Schlimmeres zu verhüten. Namentlich war es der Generaldirektor Hilger, der in diesem Sinne wirkte: Wir kommen um die Arbeiterkontrollleure nicht herum, darum gilt es, die Institution so wenig gefährlich wie möglich zu machen. Das war der Standpunkt dieses Herrn. Die Institution ist für die Herren ungeschädlich geworden. In Händen und Füßen gefesselt sind die Sicherheitsmänner. Welche Bechen Schitanen die Sicherheitsmänner auf einer Reihe Bechen ertragen müssen, das ist nachzulesen in einer Petition des Bergarbeiterverbandes an den preussischen Landtag.

Den letzten Ring in der Kette der Vergewaltigung bilden dann das System der schwarzen Listen und der Zwangsarbeitsnachweis. Im Jahre 1909 standen anlässlich 6000 Bergarbeiter auf den schwarzen Listen. Die Listen wurden von Monat zu Monat erneuert und den einzelnen Grubenverwaltungen zugefandt. Welchen Namen auf der alphabetisch registrierten Liste stand, der konnte

vergeblich Arbeit suchend von Grube zu Grube wandern! Er mußte ein halbes Jahr als Ausgesperrter Buß tun. Alles das genügte den Herrenmenschen nicht. Enger noch mußten die Fesseln gezogen werden. So kam denn im Spätherbste 1909 der Gedanke des einseitigen Zwangsarbeitsnachweises der Verwirklichung näher. Als dieser Plan in der Öffentlichkeit bekannt wurde, wehrten sich die Bergarbeiter mit aller Kraft dagegen, wohl wissend, um was es sich bei dem Plane der Unternehmer handelte. Die Unternehmer hatten aber den rechten Zeitpunkt zur Verwirklichung ihrer Idee ausgesucht. Mitten in der Krise konnten sie es wagen. Die Bergarbeiter beugten sich. Nicht aber haben sie vergessen, was man ihnen mit dem Arbeitsnachweis angetan hat. Wenn auch dieser einseitige Unternehmerarbeitsnachweis seine Krallen noch nicht recht zum Vorschein gebracht hat, so ist jedoch schon das Bestehen desselben eine Gefahr für die Bergarbeiter.

Wir haben schon angedeutet, daß das Verggesetz vom Jahre 1905 eine „Verbesserung“ für die Bergarbeiter brachte. Diese besteht, wie schon gesagt, im Verbote des Nullens. Es dürfen keine mit Mindermaß beladenen oder unreinen Kohlenwagen gemulkt, sondern es darf für diese „Vergehen“ nur eine Geldstrafe verhängt werden. Wie diese Verbesserung wirkt, dafür einige Beispiele: Wegen Förderung unreiner oder mit Mindermaß beladener Kohlenwagen wurden vom 1. Oktober 1910 bis 1. Oktober 1911 Geldstrafen verhängt: Auf Jede Carolinenglüd bei Bochum: 6778 Mk., auf Jede Holland, Schacht 3 und 4, bei Wattenfeld: 10824,50 Mk., auf Jede Schamrock, Schacht 3 und 4, bei Giesl: 10647,25 Mk., und auf Jede Meitke, Schacht 3 und 4, bei Gladbach: 21186,55 Mk. Für unrichtige Maße und ungenügende Füllung werden nur die bei der Kohलगewinnung beschäftigten Arbeiter (Hauer und Lehtshauer) mit Strafen belegt. Auf den angegebenen „Vergehen“ sind etwa über 10000 Arbeiter beschliffigt. 48—50 Proz., also ungefahr die Hälfte davon, sind Hauer oder Lehtshauer. Es ist also die Tatsache festzustellen, daß 5000 Bergarbeitern durch Verhängung von Strafen wegen unreiner oder ungenügend beladener Kohlenwagen 40462 Mk. vom Lohn abgezogen wurden. Dabei ist es unmöglich, gänzlich reine Kohle oder hoch aufgefüllte Kohlenwagen zutage zu bringen. Die Gebirgsverhältnisse und die Beschaffenheit der Förderstrecken spielen dabei die größte Rolle. So häuft sich Unrecht auf Unrecht, der die augenblickliche Bewegung und den Groll der Bergarbeiter erst verständlich erscheinen läßt.

Um so trauriger ist es daher, daß bei der gegenwärtigen Bewegung zur Verbesserung der Bergarbeiterverhältnisse die „Christlichen“ sich abermals einem gemeinsamen Vorgehen ablehnend gegenüberstellen und dadurch die Bergherren in ihrem Widerstande Seite an Seite mit dem gelben Werkverein unterstützen. Daß dieses verräterische Verhalten einer sich christlich nennenden Arbeiterorganisation in Wirklichkeit nichts anderes darstellt als durch und durch gelbe Manieren, die von jedem freien Gewerkschaftler als Verräterei an den eignen Verussgenossen mit dem Begriffe des Vaterlandsverrats auf eine Stufe gestellt werden, zeigt der Weisfall, den die christliche Bergarbeiterorganisation für ihre Haltung seitens des „Werkverein“, dem Organ der typischen gelben Werkvereine im Ruhrrevier, entet. Denn dieses Blatt knüpfte an einen im „Vergknappen“ (christliches Bergarbeiterorgan) veröffentlichten Aufsatz wörtlich folgende Bemerkung: „Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Das sind gesunde gelbe Gedanken, denen wir lediglich beipflichten können.“ Das ist jedenfalls deutlich genug und erpart auch uns jedes weitere Wort über das traurige Gebaren der Führer der christlichen Bergarbeiterorganisationen. Bemerkern wollen wir nur noch, daß nach den neusten Berichten aus dem Ruhrreviere die anfangs ausgegebene Parole der Nichtbeteiligung seitens der Christlichen an der Bewegung schon ein merkwiliges Loch bekommen hat. Es fanden nämlich am vergangenen Sonntag im ganzen Ruhrreviere neben vielen großen Versammlungen der gemeinsam vorgehenden Bergarbeiterorganisationen auch solche der Christlichen statt. Auf den letzteren wurde betont, es müsse erst die angeforderte Lohnerhöhung durch die Grubenbesitzer abgewartet werden. Falls diese den Ansprüchen der Bergarbeiter nicht genügen würde, werden die Christlichen Bergarbeiter mit allen Bergarbeiterverbänden bereit sein, deren Forderungen durchzuführen. Sie vorher in einen Streik ein-

Aus dem Genossenschaftsleben.

Das kapitalistische Genossenschaftsleben

Der Syndikat und Kartelle hat wieder einmal einen jener Triumphe zu verzeichnen, dessen Kosten die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit tragen muß. Das rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat ist mit dem preussischen Fiskus handelsweis geworden, d. h. der Verkauf von Kohle aus den staatlichen Bergwerken Preußens ist dem Syndikat übertragen worden. Das bedeutet, daß der einzige noch in Betracht kommende unabhängige Konkurrent des Kohlen-Syndikats als solcher nun ausscheidet und der Weg frei ist für eine Preisfixierung, wie man sie auf diesem Gebiete wohl noch nie erlebt hat.

Und das will was heißen, denn das Syndikat hat es im letzten Jahrzehnt an einer ganz erheblichen Preissteigerung der „schwarzen Diamanten“ keineswegs fehlen lassen. Indes konnte es nicht mit der ganzen Schroffheit seines Wesens, von dem es ausgezeichnet ist, vorgehen, weil die Verbraucher — Private und Industrie — teils durch die Produktionsförderung der preussischen staatlichen Gruben, teils durch den „Auslandsbezug“ (Frankreich und England) sich decken konnten, wenn die Preisfrage des Syndikats gar zu scharf angezogen werden wollte. Immerhin hat eine Verteuerung um etwa 40 Proz. im letzten Jahrzehnte Platz gegriffen, welche sich naturgemäß in einer Verteuerung der täglichen Lebenshaltung an sich, dann aber auch in einer Steigerung der industriellen Produktionskosten äußern mußte. So wurden die Konsumenten mit doppeltem Nutzen gestrichen.

Das wird nun nicht besser, sondern schlimmer werden. Seither konnten die Konsumgenossenschaften immer noch bis zu einem gewissen Grad — infolge der Konkurrenz der staatlichen Werke und des Auslandes — preisregulierend wirken, wenn es ihnen auch äußerst erschwert wurde. Das Kohlen-Syndikat hatte, als es einmal festen Boden unter den Füßen fand, in seinen Lieferungsverträgen Bestimmungen eingeführt, die jedem, der sie kennen zu lernen Gelegenheit hatte, vornehmen mußten als die Bedingungen eines Sieges gegenüber einem niedergeworfenen Gegner. Das Kapital kennt eben kein Waterloo und keinen sittlichen Begriff der Volkswirtschaft außer dem, sich zu vermehren und immer neue Profite zu „schürfen“.

Insbesondere die Genossenschaften wurden vom Syndikat aufs Korn genommen und ihnen — mit kapitalistischen Instinkten deren Bedeutung erkennend — die rigorossten Vorschriften gemacht bzw. zu machen versucht. Es gab ja noch Auswege. Nun sind auch diese durch die Kapitulation des preussischen Fiskus vor dem Kohlen-Syndikat so verarmt, daß die Genossenschaften schwer zu tun haben werden, dem „Vae victis“ der Syndikatsherren zu entgehen.

Es klingt wohl schön auf die wirtschaftlichen Aufgaben des Staates, dahin zu wirken, daß durch seine Machtmittel die Existenz der Bevölkerung, ihr ganzes Wirtschaftsleben gesichert und gefördert werde, wenn man sieht, wie gerade das preussische Staatswesen — ach nein, die preussische Regierung, denn die Bevölkerung mit ihrem ganzen Um und Auf, das man Leben nennt, ist das Staatswesen an sich — das letzte Machtmittel aus der Hand gegeben hat, um die deutsche Bevölkerung den Profitinteressen einer Handvoll Aktionäre auszuliefern. Und ein grimmiges Hohngelächter jedes Freundes einer „gesunden Volkswirtschaft“ muß die Tatsache der Kapitulation der preussischen Regierung vor dem Syndikat begleiten, wenn man daran denkt, daß diese selbe Regierung vor kaum einem Jahrzehnte den Unfaul nahm, ein großes privatkapitalistisches Grubenwerk zu verstaatlichen, um den Aufgaben einer sittlichen Volkswirtschaft gerecht zu werden.

Aber nun die preussische Regierung zu willensschwach war, die Verstaatlichung der Hiberniagrube, um die es sich vor Jahren handelte, durchzuführen, fühlte sie sich zu Anfang des Jahres 1912 „stark“ genug, ihre wirtschaftliche Aufgabe vertrauensvoll in die Hände des kapitalistischen Kohlen-Syndikats zu legen. Diese Retirade ist größer als die von — Jena.

Sie ist allerdings „gedeckt“ durch die zu erwartenden höheren Einnahmen des preussischen Staates aus seinen Kohlengruben, deren Ausbeutung nach den privatwirtschaftlichen Prinzipien des Kapitalismus nun nicht von ihm verantwortet zu werden braucht. Die Staatsmoral der preussischen Regierung ist gewahrt durch das Aufgeld der deutschen Bevölkerung für diese Hibernimoral, die vom Syndikat übernommen wurde, sie „riecht nicht“.

Aus dem Befagten ergibt sich einmal, daß das Genossenschaftsleben nicht schlechthin unter allen Umständen einen Vorteil für die Gesamtheit der Bevölkerung bedeutet. Nämlich dann nicht, wenn es sich um das Genossenschaftsleben der Kapitalisten handelt, welches die Mehrheit der Weltbevölkerung als Genossenschaftsleben darstellt. Immerhin ist auch dieser „Sozialisierungsprozeß“ auf dem Wege des kapitalistischen Genossenschaftslebens ebenso interessant als bedeutungsvoll. Er tendiert, allerdings unter Opfern, denen die konsumgenossenschaftliche Sozialisierung des Wirtschaftslebens Vorteile gegenüberstellt, zur genossenschaftlichen Volkswirtschaft. Denn es ist wirtschaftspsychologisch leicht zu ersehen, daß die unzweifelhaft auf dem Vormarsch begriffene Demokratisierung unferer öffentlichen Lebens zu gegebener Zeit dafür sorgen muß und wird, daß eine der Grundlagen des industriellen Produktionsprozesses in besonderer und einer gesunden Volkswirtschaft im allgemeinen nicht der willkürlichen Diktation einer kapitalistischen Profitorganisation überantwortet sein darf.

zulassen, lesne der Gewerkeverein ab. Die gute Konjunktur lasse erhebliche Lohnerhöhungen zu. Da muß man sich doch fragen, warum denn erst nachher? Ist es denn nicht Tatsache, daß die Grubenbesitzer erst dann von einer eventuellen Lohnerhöhung etwas verlaun lassen als sie hörten, daß die Bergarbeiter in eine Bewegung eintraten wollen? Unzweifelhaft würde doch diese Absicht der Unternehmer ganz anders beeinflusst und beschleunigt, wenn sie von vornherein damit rechnen müßten, die gesamte Bergarbeiterklasse geschloffen für ihre berechtigten Forderungen eintreten zu sehen. So aber ist die Laktik der Christlichen nur im Unternehmerinteresse gelegen. Ihr werden es die Bergarbeiter allgemein zuschreiben haben, wenn ihr Kampf ein schwerer und dessen Erfolg ein geringer sein wird. Überhaupt ist die ganze gegenwärtige Haltung der Führer der christlichen Bergarbeiter im Vergleiche zu früheren ähnlichen Situationen im Ruhrrevier einfach erbärmlich zu nennen. Denn noch im Jahre 1909 schmietete der „Bergknappe“, das Organ des christlichen Gewerkevereins, mächtig gegen den Zwangsarbeitsnachweis der Feschen los und schrieb: „Auf zum Massenprotest auf der ganzen Linie! Nieder mit der Wolk und Waterland vererbenden kapitalistischen Willkür.“ Und der christliche Generalsekretär Johann Effert kündigte im Jahre 1909 einen „Weltbrand“ an, wenn die Unternehmer halbtätig blieben. Er sagte damals: „Allgemein herrscht unter den Bergleuten die Überzeugung, daß der Kampf, der erbitterte Kampf um Sein oder Nichtsein kommen werde und kommen muß.“ Ja derselbe Herr Effert ging damals in seiner „Geheer!“ noch viel weiter, indem er zu einem Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ sagte: „Der Schlag gegen die Feschenherren soll so vollständig geführt werden, daß das gesamte Gewerbe und die ganze Industrie lahmgelegt werden. Mit den Arbeiterverbänden der übrigen Länder sollen unterbehand Verhandlungen angeknüpft werden, damit sie nicht allein mehr finanzielle Unterstützungen gewähren, sondern auch gegebenenfalls die Ausfuhr von Kohlen nach Deutschland zu verhindern suchen.“ Das war noch vor drei Jahren; und heute müssen sich die gleichen Herren von den wachsenden Geldern sagen lassen, daß sie sehr gesunde gelbe Beutelchen haben. Fürwahr, ein trauriger Fortschritt der christlichen Führer!

Demgegenüber ist aber die Geschlossenheit der übrigen für die Bewegung in Frage kommenden Bergarbeiterorganisationen eine äußerst erfreuliche. Alle Bergarbeiterversammlungen, die in den letzten Tagen stattfanden und einen massenhaften Besuch zu verzeichnen hatten, erklärten sich fast durchweg einstimmig mit dem Vorgehen der Vorstände des Bergarbeiterverbandes, der Polnischen Berufsvereinigung und des Hirsch-Dunderschen Gewerkevereins zueinander Herbeiführung einer durch die Verteuerung der Lebenshaltung längst notwendig gewordenen und durch die günstige Lage der Industrie mit auch zweifellos ermöglichten Lohnerhöhung vollkommen einverstanden. Die im Laufe des letzten Jahres eingetretene kleine Lohnverbesserung reicht durchaus nicht aus, um die mittlerweile erfolgte starke Lebensmittelveerteuerung auszugleichen. Die Vorstände der drei genannten Bergarbeiterverbände haben also ihre gewerkschaftliche Pflicht durch ihre Vorgehen erfüllt. Der gewählte Zeitpunkt ist für die Verwirklichung der wohlverdienten Lohnforderung durchaus günstig. Kohlen-, Stolz- und Britentabak steigen, die Preisserhöhungen des Kohlen-Syndikats sichern den Werksbesitzern außerordentlich erhöhte Einnahmen. Deshalb wird von den Werksbesitzern nunmehr die Erfüllung der gestellten Forderungen verlangt. Sollte die Erwartung getäuscht werden, dann beauftragen die Versammlungen die Vorstände der verbündeten Bergarbeiterverbände, geeignete Schritte für die entschlossene Förderung der Bergarbeiterinteressen zu tun, und versprechen, die Organisationsleitungen mit allem Nachdruck zu unterstützen. In diesem Sinne hat sich der Widerspruch der Bergarbeiter im Ruhrreviere vollzogen, sie stehen, bildlich gesprochen, Weich bei Fuß und harren in treuer Kameradschaft der Dinge, die da kommen sollen, und da wird es sich zu zeigen haben, ob die christlich organisierten Arbeiter wirklich so treu- und mutlos den Arbeiterinteressen gegenübersehen wie ihre in politischen Unternehmern dienenden führenden.

Mit der gegenwärtigen Bewegung der Bergarbeiter in Deutschland fällt auch eine solche der englischen Bergarbeiter zusammen. „Der Lohn eines Tages für eines Tages Arbeit“ ist der Kampf der englischen Bergknappen, die mit dieser Parole im ganzen britischen Königreich wie ein Mann zusammenstehen für die Bekämpfung des Minimallohns. Es soll eine unterste Lohngrenze analog den tariflichen Mindestlöhnen in unserm Tarifvertrage festgesetzt werden, und zwar soll der Lohn so hoch sein, daß er dem Arbeiter die einmal erreichte Lebenshaltung sichert. Die englischen Bergarbeiter fordern also keine direkte Lohnerhöhung, sondern in jedem einzelnen Reviere nur die üblichen Löhne oder die endgültige Festlegung der schon üblichen allgemeinen Minimallohne. Von der Erfüllung dieser Forderung versprechen sich die Arbeiter nicht allein die Befreiung von der oft unentrichtlichen und fast ver dienstlosen Abhängigkeit von schlechten Kohlenlagern, sondern auch eine bessere und sichere Arbeitsmethode, da die Bergwerksbesitzer dann im eigenen Interesse darauf bedacht sein werden, den Bergleuten die Arbeit nach Möglichkeit zu erleichtern. Aus diesen Gründen, die sich zu einer wichtigen Lebensfrage für alle Bergarbeiter entwickelt haben und vor allen Dingen die tiefe Kluft zwischen ungelerten und gelerten Arbeitern in hoffnungsvoller Weise zu überbrücken

geeignet ist, gehen die Arbeiter auch auf gar keinen Kompromiß ein. Wollen nun die Unternehmer diese Forderung nicht anerkennen, so steht England vor einer Katastrophe, die das ganze Staatswesen zu erschüttern imstande ist. Kommt es zum Generalstreik, was sich vielleicht schon entschieden haben wird, wenn diese Nummer des „Korr.“ in die Hände seiner Leser gelangt ist, so wird die Arbeit in allen Gruben ruhen. Das Solidaritätsgefühl ist unter den englischen Arbeitern so unerschütterlich, daß die Unternehmer noch gar nie daran gedacht haben, während eines Streiks in einem einzelnen Revier Arbeiter aus andern Revieren anzuwerben. Es gibt in Großbritannien Gruben, die schon seit Jahren bestreikt werden und still liegen müssen, weil die Besitzer keine Streikbrecher bekommen. Dem Vergmann ist es kein großes Herzleid, sich von einer mühseligen Arbeit zu trennen; vier einmal auf allen Bieren oder auf dem Bauche durch eine Grube gefahren ist, wird dies sehr leicht verlesen. Das ist die derzeitige Situation in England, und unter dem Druck der öffentlichen Meinung sah sich die Regierung schon gezwungen, ernstlich die Vermittlungen zwischen den Bergarbeitern und Grubenbesitzern in die Hand zu nehmen. Und ständig hört man in allen bürgerlichen Kreisen die Versicherung: Die Regierung kann den Streik verhindern. Dieser Satz wird so häufig wiederholt, bis ihn die Öffentlichkeit wirklich glaubt. Das Schreien nach der Intervention der Regierung scheint jedoch auch politische Absichten zu bergen. Die Konservativen wollen, wenn der Streik ausgebrochen ist, die Regierung für den Ausbruch verantwortlich machen. Die Regierung hat bis jetzt wenig oder nichts getan, um eine Verlegung des Streiks herbeizuführen, aus dem einfachen Grunde, weil sie nichts tun konnte. Die beiden Parteien würden längst schon wieder verhandelt haben, wenn irgendeinbeide Lust hätte, die Streitfrage ohne Kampf zu lösen. Alle Berichte der bürgerlichen Presse über lange Verhandlungen zwischen den Ministern und den Bergarbeiterführern sind pure Erfindungen. Sie beruhen auf Meldungen wie der folgenden: „Herr Lloyd George lächelte optimistisch, als er die Sitzung verließ.“ Auch die Berichte der bürgerlichen Presse über Beschlüsse des Internationalen Komitees sind erfunden. Man versucht offenbar, nach der alten Methode der Wahrheit auf den Grund zu kommen, indem man zu Dementis herausfordert. Die Hoffnung, daß die Regierung die Bergarbeiter bewegen werde, den Verfall der Kündigungsfrist etwas hinauszuschieben, wird sich als trügerisch erweisen. Aus einer Reihe Reviere kommt die Nachricht, daß sich die Bergarbeiter in Versammlungen energisch gegen den Vorschlag ausgesprochen haben. Es ist jedoch denkbar, daß die Bergarbeiter einem Aufschub zustimmen würden, wenn die Kohlenbesitzer das Prinzip des Minimallohns anerkennen würden. Allerdings könnte die Höhe des Minimallohns vereinbart werden, ohne daß es zu Preissteigerungen käme. Eine andre Lösung wäre, daß die Regierung noch in diesen Tagen einen kurzen Beschäftigungswort einbrächte, der den Minimallohn in Kohlenbergbau gesetzlich festsetze. Ein solcher Schritt oder die Drohung, die Bergwerke zu verstaatlichen, würde den Kampf wohl abzuwenden vermögen. Es ist aber höchst zweifelhaft, ob die Regierung den Mut zu derartigen drastischen Maßnahmen finden wird. — In letzter Stunde wird berichtet, daß die Regierung entschlossen sei, den Minimallohn für den Bergbau gesetzlich einzuführen, falls es zu keiner Einigung kommen sollte, und von den Gruben widerspenstiger Unternehmer zeitweilig Weich zu ergeizen. Man glaubt, daß es die Lords nicht wagen würden, eine schnellstens zu erledigende Minimallohnvorlage zu verwerfen. Der Streik läßt sich nicht mehr vermeiden; 40000 Bergarbeiter streiken schon. An gut unterrichteter Stelle rechnet man mit einer Dauer des Streiks von zwei bis drei Wochen. Die englischen Bergarbeiter könnten jedoch mit ihren gestülften Rassen viel länger ausdauern, mindestens sechs bis sieben Wochen. Zwar haben die Südwälder nach den schweren Kämpfen der letzten Jahre nicht viel Geld in der Kasse; zwei bis drei Wochen dürften sie jedoch immerhin aushalten, ehe ihnen die andern Reviere zur Unterstützung kommen müßten. Die Bergarbeiterföderation hat augenblicklich 610000 Mitglieder, die fast alle Dauer oder andre Untertagsarbeiter sind. Ein Generalstreik würde aber mindestens noch 400000 andere Grubenarbeiter arbeitslos machen, von denen ein Teil wenigstens die Gelegenheit beim Schopf ergreifen und ebenfalls Forderungen gestellt hat. Auch die Steiger und Aufseher beteiligen sich in einigen Distrikten an der Bewegung. Der Streik kann unmöglich lange dauern. Diese Auschauung stützt sich nicht darauf, daß die Regierung gezwungen sein wird, etwas zu unternehmen, um die Industrien des Landes vor schwerem Schaden zu schützen. Was könnte die Regierung tun? Die Arbeiter zum Arbeiten zwingen? Das ist unmöglich. Soldaten aufmarschieren lassen? Das ist nutzlos. Das einzige, was sie unternehmen könnte, ist, den Kohlenbesitzern mit der Verstaatlichung der Bergwerke zu drohen. Und das tut sie nicht. Der Generalstreik der Bergarbeiter wird den Kohlenbesitzern in kurzer Zeit so kolossale Verluste bereiten, daß sie sich bereit erklären werden, die Forderung der Arbeiter anzuerkennen. Die Bergarbeiter haben den Krump in der Hand und gedenken ihn auch auszuspielen. Und ohne Zweifel wird dieser bevorstehende große Kampf der Bergknappen im britischen Inselreich auch für die Verhältnisse der deutschen Bergarbeiter von größtem Einfluß sein. Möge der alte Vergmannsgruß „Glück auf!“ sich dabei nach jeder Richtung bewähren!

Zum andern ergibt sich aus der Sache, daß die Konjunktionsgenossenschaftliche Bewegung unter absoluter Beschränkung auf wirtschaftspolitische Gesichtspunkte und Grundzüge der parlamentarischen Gesetzgebung Inhaltspunkte dafür geben muß, wie schädlich das Genossenschaftswesen in einem Fall und wie nützlich es im andern Fall ist. Man wird dann die Zeit kommen sehen, wo die Konsumvereine sich nicht mehr in der Wunsch gegen gesetzgeberische Maßnahmen befinden. Das Warten darf man sich allerdings einstweilen nicht verbieten lassen, aber die Umrisse einer großen Wirtschaftsgemeinschaft sind darum nicht weniger scharf gegeben, weil sie zum Teil genossenschaftskapitalistisch gefaltet sind. Qui vivra, verri!

Unser geschätzter genossenschaftlicher Mitarbeiter hat uns diesen Artikel zu einem früheren Veröffentlichungstermine gesandt. Es ist für die Redaktion eines Fachblattes schwierig, die gemachten Versprechungen immer zu halten oder stets den selbst getroffenen Dispositionen gemäß zu handeln. Jeder Tag kann alles umwerfen, und da im kleinen Rahmen immer allem gerecht zu werden, ist wirklich nicht so einfach. Dies vorausgesetzt, wird ohne Umstände zu erkennen sein, daß bei Abfassung des Artikels noch mit Möglichkeiten zu rechnen war, die über Nacht jedoch schon jaßbarer wurden und über ein kleines greifbares Gestalt gewonnen haben.

Der gegenwärtige Augenblick lenkt mehr als sonst den Blick auf Deutschlands Hauptkohlengebiet: nach Rheinlands-Westfalen. Dort gärt und brodelt es gar heftig. In der Gewerkschaftsrevue wird die augenblickliche Situation im deutschen Kohlen- und Industriezentrum gezeichnet. Dort findet der Gewerkschaftler sich durch die Praxis des Lebens immer von neuem angeregt, wenn er auch oft wenig Erbauendes dabei erfährt. Der Genossenschaftler wird ebenso unansatz vor Tatsachen gestellt, die wie Keulenschläge wirken. Man empfindet nur zu klar, daß Schwierigkeiten und Probleme hier ohne Zahl für alle Teile der Arbeiterbewegung vorhanden sind, und mit bitterem Gefühl wird man gewahr, daß der Kapitalismus hier mit geradezu brutaler Macht sich dem Überdrängen der Arbeiterkraft entgegenstellt und entgegenstellen kann. Aber nicht nur den Arbeitern, sondern auch den wirtschaftlichen Interessen des Volksganges.

Raum hatten wir nämlich diesen Artikel erhalten, da flog auch schon die Kunde ins Land, daß mit der forcierten Preisdiktatur des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats, nachdem sich der preußische Bergfiskus ihm ausgeliefert hatte, bereits ein vielversprechender Anfang gemacht worden ist. Am 21. Februar lasen wir nämlich im "Vorwärts": "Daß die Begehren der Rheinischen Situation sofort für eine tüchtige Preissteigerung auswirken würden, was vorauszuweisen. Diese Preissteigerung ist demnach prompt in der vorliegenden allgemeinen Begehrensammlung ab 1. April in Höhe von durchschnittlich 50 Pf. pro Tonne beschlossen worden. Die gangbäresten Kohlenorten werden um 75 Pf., einzelne um 1 Mk. pro Tonne verteuert! Dieser mit Zustimmung der städtischen Verwaltung gefasste Syndikatsbeschluss bedeutet eine jährliche neue Belastung des Volks mit 50 bis 60 Millionen Mark! Da sich die schließlichen, mittelständischen und linksrheinischen Kohlengrubenbesitzer erfahrungsgemäß mit ihren Preisen den rheinisch-westfälischen "Nichtpreisen" anpassen, so kann man ohne Übertreibung die dem Volke durch die Preissteigerung des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats direkt und indirekt aufzubühende Brennstoffverteuerung auf jährlich mindestens 100 Millionen Mark veranschlagen! Auch für diese enorme Neubelastung hat sich das Volk bei den konservativ-merkantilen Verbündeten der industriellen Grundbesitzer zu bekennen. Denn ohne den dringenden Beschluss des preußischen Dreiklassenparlamentes hätte sich die fiskalische Bergwerksverwaltung ihre vom Syndikat unabhängige Stellung bewahrt, weil sie genau weiß, daß die öffentliche Meinung auch im Ruhrgebiet einer Stärkung der Syndikatsmacht abgeneigt ist. Die abnehmenden Artikel der die Syndikatspolitik scharf kritisierenden, "kölnischen Volkszeitung" haben ohne Zweifel der öffentlichen Meinung zutreffenden Ausdruck gegeben. Die alsbald nach dem fiskalisch-syndikalischen Vertragsabschluss erfolgte Kohlenpreissteigerung hat böses Blut erregt. Die Befürchtungen hinsichtlich der schlimmen Folgen des Vertragsabschlusses sind voll auf bestätigt. Das wissen die Begehrenbesitzer auch recht gut.

Das nennt man die Konjunktur ausnützen! Und diese Preisdiktatur, die nach der Umschaltung des preußischen Staats als Konkurrenzrenten in ihrer schlimmeren Form mit diesem sehr eilig unternommenen Schritte zu erst anhebt, ist bei ihren Urheber etwas Selbstverständliches. Sie ist nicht etwa bedingt durch äußere Gründe und kann nicht auf der Vergewaltigung der gewählten Lohnsteigerungen zurückgeführt werden. Im Gegenteil! Wie es den Anschein noch hat, denken die Begehrenbesitzer nicht daran, den heftigen Forderungen ihrer Arbeiter angelegene Konjessionen zu machen. Die "kölnische Volkszeitung", die ihre Pappenhäuter kennt, hat gleich nach dem Pakt zwischen Syndikat und Regierung erklärt, daß der Begehrenverband eine allgemeine Lohnsteigerung nicht eintreten lassen wird. Der Begehrenverband habe mit der erlangten Suprematie über die preußischen Staatsgruben nur eine gemeinsame Preisfestsetzung für die Kohle erreichen wollen, an eine gemeinsame Regelung der Arbeitspreise denke er nicht.

Das von der "kölnisch-westfälischen Zeitung" zum besseren Verstand der Meldungen über die neuen Preisfestsetzungen geschäftig verbreitete Gerücht, es solle vom 1. März oder 1. April ab eine generelle Erhöhung der

Vergarbeiterlöhne erfolgen, "um auch die Arbeiter an den besseren Verdiensten teilnehmen zu lassen", steht einer krankhaften Verübung des schlechten Gewissens ähnlicher als dem Bekenntnisse zu einer unauffiehbaren Notwendigkeit.

Die von unsern Mitarbeiter gezogenen Schlüsse aus dieser Entente zweier mächtiger wirtschaftlicher Faktoren sprechen für sich und bedürfen daher nach dem eingetretenen Faktum der ersten Preistreiber unter den neuen Verhältnissen keiner Ergänzung.

Was uns noch in diesem Vorgang interessiert, ist die Ungeniertheit, mit der den Konsumenten hier einfach 100 Millionen Mark im Jahr aufgebürdet werden, ohne daß das letzthin so laute Geschrei über Schädigung der Konsumenten durch die von den Arbeitern erkämpften oder vereinbarten Lohnsteigerungen und insolge dessen eintretenden Preissteigerungen der Produkte von neuem angehoben hätte.

Wie von uns in Nr. 21 geschrieben, hat man sich gerade in der Presse der Begehrenbesitzer und der Großindustriellen die Köpfe über die Folgen unfreier neuen Tarifabschlusses für die Konsumenten zerbrochen. Sie wurden mehr oder weniger hüftig geschüttelt und unfreie Tarifpolitik fand auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus viel Tadel. Mit welcher moralischen Verechtigung jedoch Wähler wie die "Rheinisch-Westfälische Zeitung", die "kölnische Zeitung" und im besonderen das Organ der Oberbergamtsdirektion zum Richter über unfreie Tarifpolitik aufwiegen, die die rückwärtslose Preistreiber und Preisdiktatur zur gottgewollten Ordnung machen, von einer angemessenen Regelung der Arbeitspreise, wie sie der Unternehmerschaft im Buchdruckgewerbe bei ihrer zahnenden Preispolitik als Fundament dient, aber als von dem bevorstehenden Untergang der Welt sprechen — das können wir wirklich nicht verstehen.

Wenn die Dinge allerdings auf den Kopf gestellt werden sollen, dann haben diejenigen, die erst geben, um dann zu nehmen, was sie bekommen, freilich den Galgen, die aber, die ohne Besinnen nehmen, reichlich nehmen, jedoch selbst nichts geben wollen, den Glorienschein verdient. Und wenn solche Kopfgängerluststücke dann noch mit sittlichem Pathos verteidigt werden, dann glaubt man wirklich, daß die ganze Welt verrückt ist. Es gibt aber noch Heilmittel gegen diese bei dem Großkapitalismus spezifischen Zustände. Sie richtig anzuwenden, ist eine wichtige Aufgabe gerade der Arbeiterkraft.

Die Redaktion.

Korrespondenzen.

H-n. Bezirk Barmen. Die am 18. Februar in Barmen stattgehabte erste diesjährige Bezirksversammlung war von 101 (von 302) Kollegen besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Korrespondenten Paul Schumann (Elberfeld) in üblicher Weise gelehrt. Sodann wurde von der Tarifanerkennung der Firma Hüll & Klein (Barmen) Kenntnis genommen. Der Jahresbericht, welchen der Vorsitzende erstatten wollte, wurde auf Antrag von der Tagesordnung gestrichelt und soll in Zukunft auch nicht mehr verlesen werden, da derselbe doch im Gauberichte veröffentlicht und jedem Kollegen zugänglich gemacht wird. Zum wichtigsten Punkte: "Bericht über die Einführung des Tarifs im Bezirke", gab der Vorsitzende bekannt, daß nach den Berichten der Vertrauensleute der Tarif voll und ganz im Bezirke zur Einführung gelangte: Einige Unstimmigkeiten, die sich anfänglich zeigten, sind jetzt vollkommen beseitigt, und müssen etwaige Differenzen, die sich im Laufe der Zeit ergeben sollten, durch Klage beim Schiedsgericht ihre Erledigung finden. Zum Punkte "Fassenbericht" wurde von seiten der Revisoren für den Kassierer Schrage beantragt und von der Versammlung erteilt. Der vom Vororte gewählte Vorstand wurde von der Versammlung akzeptiert, mit den Geschäften des Bezirkes betraut und die Remuneration des Vorstandes von 50 auf 60 Mk. erhöht. Unter "Beschließenes" wurde ein Antrag des Kollegen Herzog (Nemisch) angenommen, wonach der Gauvorstand ersucht wird, in Zukunft die Statistik über die Druckereien im Gau jedem Mitgliede mit dem Gauberichte zu übermitteln. Unter denselben Punkte gab Arbeitsnachweiskverwalter Schwaigerer bekannt, daß der Bezirk des Arbeitsnachweises Barmen geteilt und Nemisch zum Vororte des neuen Bezirkes bestimmt worden ist. Als Arbeitsnachweiskverwalter fungiert Buchdruckereibesitzer G. Krumm (Nemisch).

Dresden. "Wissen ist Macht!" Nie hat dieser Satz mehr Berechtigung gehabt, als gerade jetzt im Zeitalter des Fortschritts und der technischen wie maschinellen Entwicklung. Die höchsten Anforderungen werden an den einzelnen gestellt, und nur der wird an der Oberfläche bleiben, dem die nötigen Kenntnisse zur Verfügung stehen. Dieser Bildungsnotwendigkeit entspricht die heutige Volksschule aber in keiner Weise, und nur wenigen Arbeitern ist es möglich, sich über den Beruf ihres Vaters hinauszubehalten. Darum bringt auch gerade die organisierte Arbeiterkraft den Beforderungen, die auf eine Reform des schädlichen Schulwesens hinarbeiten, das lebhafteste Interesse entgegen. Diese Bewegung zu fördern und unsern Kollegen Gelegenheit zu geben, ein Urteil aus fernstänndigem Munde zu hören, hatte der Gauvorstand für die Versammlung am 22. Februar Herrn Lehrer Wezka gewonnen, der über "Schule und Haus" referierte. In etwa zweistündigen Ausführungen behandelte der Herr Referent nicht nur die Mängel des von der sächsischen Regierung eingebrachten Volksschulgesetzes,

sondern präziserte auch eingehend die Forderungen der sächsischen Lehrerschaft, wie sie sich in der Fassung der Zwickauer Thesen verdrücken, die ein Kompromissprodukt seien, da weitergehende Forderungen zuviel Widersacher fänden. Welcher Beifall lohnte den Referenten. Von einer Debatte wurde abgesehen. Kollege Wendische nahm Gelegenheits, Herrn Wezka für seine vorzüglichen Ausführungen im Namen der Versammlung zu danken. Der Vorsitzende machte hierauf Mitteilung über die Einführung des neuen Tarifs in unserm Gau und konnte konstatieren, daß die neuen Bestimmungen im großen und ganzen glatt durchgeführt sind. Nur in Spremberg-Neuaußa kam es zum Konflikt, wo unfreie Kollegen die Städte ihres Wertes verließen. Ein bisher im Maurerberufe tätiger "Kollege" leistet Hausmeisterdienste! Auch bei Beziehung des Dresdener Sozialnachschlags für einzelne Orte in der Bezirksgrenze kam es zu Differenzen die in einem Falle beigelegt und im andern eine Verabredung dahin getroffen wurde, daß ab 1. Januar 1913 statt der bisherigen 7%, Proz. 12%, Proz. und ab 1. Oktober 1913 der volle Dresdener Zuschlag von 17%, Proz. gezahlt wird. Unter "Bereinsangelegenheiten" gab Kollege Wendische noch einzelne Zahlen aus dem Gauberichte des Gewerkschaftsstatistikers bekannt. Die Kennzahl der Delegierten brachte die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vertreter. Auf Anregung des Verbandsvorstandes wird in Zukunft gegen solche Kollegen, die nicht an den Ort gebunden sind und die Annahme einer Provinzkonvention ablehnen, in schärferer Weise vorgegangen werden. Bemängelt wurde der schwache Besuch der Versammlung. Selbst ein großer Teil der Vertrauensleute fehlte. Es wäre doch zu wünschen, daß nicht nur bei Tarifbewegungen ein guter Besuch unfreier Versammlungen zu verzeichnen ist.

K. Guden. Das hundertjährige Bestehen der "Ostfriesischen Zeitung" feierte am 19. Februar die Firma Th. Hahn Ww. Die Gewerkschaft hatte es sich nicht nehmen lassen, aus diesem Anlasse den Geschäftsräumen ein der Bedeutung des Tages entsprechendes festliches Kleid anzulegen. Zu der geschäftlichen Feier, die am Vormittage stattfand, hatten sich u. a. als Gratulanten eingefunden die Herren Buchdruckereibesitzer Dummann (Lurich) und Joppis (Beer). Weiterer überbrachte auch im Namen des Deutschen Buchdruckervereins (Bezirksverein Nordwest) die besten Wünsche. Die Übergabe eines von der Gewerkschaft gewidmeten Kunstvoll ausgeführten Gebenklaßes erfolgte durch den Kollegen Bömeke, der auf eine über 40jährige Geschäftszugehörigkeit bei der Firma Hahn zurückblicken kann. In einer herzlichen Ansprache staltete der Chef der Firma, Herr Wilhelm Hahn, seinen Dank ab, wobei er dem Wunsch Ausdruck gab, daß das seit jeher bestehende gute Einvernehmen zwischen der Firma und dem Personal auch in Zukunft anhalten möge. Anschließend hieran überreichte Herr Hahn die Gewerkschaft durch eine reiche Gratifikation. Dieser Feier folgte am Abend ein Festessen mit anschließendem Tanzfröhchen. Das Personal wird diesen Tag, der ein Ehrentag in des Wortes schönster Bedeutung für die Firma Th. Hahn Ww. war, sicher nicht so leicht vergessen und sei derselben daher auch an dieser Stelle herzlich Dank ausgesprochen.

G. Gildesheim. (Bezirksversammlung am 25. Februar.) Die von etwa 150 Kollegen besuchte Versammlung nahm einen ruhigen und sachlichen Verlauf. Anwesend waren aus den Orten Alfeld 11, Vordemum 5, Burgdorf 7, Einbeck 17, Goslar 17, Cronau 7, Gildesheim 20, Lehrte 3, Peine 6 Mitglieder. Nicht vertreten war Klausthal. Das Andenken des kürzlich beim Militär durch Kohlengasvergiftung verstorbenen Kollegen Menke (Goslar) wurde durch Erlesen von den Eigen gelehrt. Der Massenbericht gab zu Beanstandungen keinen Anlaß, die Entlastungsverteilung erfolgte einstimmig. Der Kassierer gab sodann noch einen kurzen Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Zentral- und Gaukasse. Die Berichte des Bezirksvorstehers und der Vertrauensleute ergaben, daß die Durchführung des neuen Tarifs im Bezirk im großen Ganzen glatt verlaufen ist. Die Vorstandswahl, die erstmalig in der Versammlung vorgenommen wurde, ergab die Wiederwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder mit Ausnahme des stellvertretenden Vorsitzenden. Als solcher wurde Kollege Freutel (Gildesheim) gewählt. Als Ort für die Herbstbezirksversammlung wurde Einbeck in Vorschlag gebracht und einstimmig akzeptiert. Die Tagesordnung war in zwei Stunden glatt erledigt.

Ludwigshafen a. Rh. Am 25. Februar hatten sich im Vereinslokal über 70 Kollegen eingefunden (von Grünstadt war niemand erschienen), um der Bezirksversammlung beizuwohnen. Der Jahresbericht lag gedruckt vor und wurde vom Vorsitzenden fast kurz erläutert. Voriglich der tariflichen Druckerei Sommer in Grünstadt erwähnt der Bericht die vergeblichen Bemühungen des Vorstandes, dem Erlasse des bayerischen Ministeriums bezüglich der Vergütung amtlicher Drucksachen an tariffreie Firmen Nachdruck zu verschaffen. Die Beschwerde gegen den entgegenstehenden Beschluß des Grünstadter Stadtrats blieb sowohl beim Bezirksamt wie bei der Regierung und beim Ministerium erfolglos, weil diese Behörden sich für inkompetent erklärten, einen positiven Einfluß auf die Erfüllung des Erlasses auszuüben, da ein "Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinde" gefehlt unstatthaft sei. Die Remuneration an die Vorstandsmitglieder erfolgte eine Neuregelung. In den Vorstand wurden mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden und des ersten Schriftführers (die auf eine Wiederwahl verzichteten) die bisher amtierenden Kollegen wiedergewählt. Das Johannistfest soll heuer wieder durch

einen Ausflug in die sonnigen Gefilde des Pfälzer Weinlandes — schon mit Rücksicht auf den guten 1911er Gefeier werden. Mit einem kurzen Schlußworte des Vorsitzenden war die anregend verlaufene Versammlung nach anderthalb Stunden beendet.

Rundschau.

Aufruf zur Unterstützung der ausgesperrten Porzellanarbeiter. Von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ging uns nachstehender Aufruf zu, den wir, da es sich um einen ersten Kampf um das Koalitionsrecht handelt, dringend entsprechender Beachtung empfehlen: „In die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!“ Auf Beschluß des Unternehmerchubvereins deutscher Porzellanfabrikanten sind am 24. Februar sämtliche Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen der ihm angeschlossenen Betriebe ausgesperrt worden, weil die Isolatorndreher wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt haben und sich weigern, sie bedingungslos wieder aufzunehmen. Der Konflikt ist dadurch entstanden, daß in einem Betriebe in Keltow einige Dreher die Unterstützung einer neuen Sorte Isolatoren verweigerten, solange nicht eine Verständigung mit der Direktion über einen angemessenen Lohnsatz erfolgt sei. Die Betriebsleitung beantwortete das Verlangen der Dreher nach Preisvereinbarung mit sofortiger Entlassung. Auch die Mitglieder des Arbeiterausschusses, die im Interesse einer Verständigung bei der Direktion vorstellig geworden waren, erhielten sofort ihre Entlassung. Daraufhin legten sämtliche Isolatordreher des Betriebes die Arbeit nieder. Als sich im Laufe des Kampfes herausstellte, daß die Arbeiter für die bestreikte Firma in den anderen Isolatorenfabriken hergestellt wurden, kündigten die im Verband der Porzellanarbeiter organisierten Isolatordreher bei allen dem Syndikat der Isolatorenfabriken angeschörigten Firmen und legten Ende Januar dieses Jahres die Arbeit nieder, so daß seitdem etwa 600 Dreher im Streik sich befinden. Nur zwei von den bestreikten Betrieben betreiben auch Geschirrfabrikation und gehören der Unternehmerchubvereinigung der Geschirrfabrikanten an. In den Geschirrabteilungen dieser beiden Betriebe bestanden keine Differenzen und wurde weiter gearbeitet. Trotzdem mischte sich der Unternehmerchubverein deutscher Porzellanfabrikanten in den Streik und beschloß die Aussperrung aller bei den Verbandsfirmen beschäftigten Arbeiter, mit dem Vorbehalt, daß die Inorganisierten nach acht Tagen die Arbeit wieder aufnehmen können und für die eine Woche mit dem vollen Durchschnittslohn entschädigt werden sollen, wenn sie einen Klevens unterschreiben, daß sie niemals dem Verbands der Porzellanarbeiter beitreten werden. Alle diese Arbeiter sollen in die gelbe Organisation eintrittig werden. Dem Verbands der Porzellanarbeiter bleibt angesichts dieses Vorgehens der Unternehmer nichts weiter übrig, als den Kampf aufzunehmen. Er wird geführt um das wichtige gewerkschaftliche Recht: die Mitwirkung der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Von den rund 17 000 Mitgliedern des Verbandes der Porzellanarbeiter werden etwa 8500 von der Aussperrung betroffen. Die großen, zur Unterstützung der Aussperrten erforderlichen Summen kann der Verband der Porzellanarbeiter auf die Dauer allein nicht aufbringen. Da der Kampf voraussichtlich von längerer Dauer sein wird, ist es notwendig, schon jetzt an die Solidarität der organisierten Arbeiterschaft zu appellieren. Wir richten deshalb an die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands die dringende Aufforderung, durch Vornahme allgemeiner Sammlungen zur Unterstützung der ausgesperrten Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen tatkräftig beizutragen. An die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftsstellvertreter geht die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen für diese Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftsstellvertreter werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu zentralisieren. Sammellisten werden von der Generalkommission nicht versandt; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftsstellvertretern beschafft werden. Gemäß dem Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Porzellanarbeiter aufzubringenden Gelder nur an die Generalkommission abzugeben. Für die Ablieferung ist folgende Adresse zu benutzen: Konto-Nr. 7930, Hermann Kube, Postfachamt Berlin oder direkt an Hermann Kube, Berlin SO 16, Engelauer 14/15. Der Einfachheit wegen und um Porto zu sparen, wolle man die letztere Adresse nur benutzen, wenn besondere Umstände die direkte Einlieferung der Gelder erfordern. Im übrigen sind alle Geldsendungen unter Angabe der obigen Kontonummer und dem Namen des Kontoinhabers ausschließlich an das Postfachamt Berlin zu richten. Zur Erleichterung der Einzelsendungen erhalten in nächster Zeit alle Gewerkschaftsstellvertreter Zahlkarten, auf denen die volle Adresse vorgegeben und auf denen nichts weiter nachzutragen ist, als der Betrag, der abgebaut wird. Zahlkarten mit dem darauf bezeichneten Betrag können bei allen Postämtern des Reichs unentgeltlich eingeliefert werden. Ortsverwaltungen und Zahlstellen der Verbände, die aus besonderen Gründen Gelder direkt an die Generalkommission einbringen — in der Regel sollen die Gelder an das Gewerkschaftsstellvertreteramt an Orte abgeliefert werden — werden ersucht, gleichfalls nur Zahlkarten zu benutzen und sich solche vom Gewerkschaftsstellvertreteramt ausändigen zu lassen. Über die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden dem Einsender nicht zugestellt. Berlin SO 16, Engelauer 15, den 1. März 1912. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. E. Regien.“

Eine Schwindelbellege. Der Nr. 23 des „Korr.“ war ein Prospekt über ein angebliches Nerventätigkeitsmittel Wisnerin eines Dr. Artur Ehrhard in Berlin beigelegt, dessen Inhalt leider eine gewissenlose Fälschung seiner Fälscher bedeutet. Denn wie wir nachträglich erst erfahren haben, ist das von dem Dr. Ehrhard empfohlene Mittel zur Kräftigung der Nerven schon vor längerer Zeit von der Berliner Gesundheitspolizei als vollständig wertlos bezogen und der Fälscher öffentlichen Einsperrung gewandt worden. Wir selbst waren nicht in der Lage, nach dieser Richtung maßgebende Auskunft zu erhalten. Selbst eine Anfrage auf dem Leipziger Polizeiamte verhalf uns nicht dazu. Dort wurde unserm Geschäftsführer erklärt, man könne darüber nichts Genaueres sagen, da die Akten antijähriger Geheimmittel zurzeit in Berlin seien und ein besonderes Verzeichnis nicht vorliege. So kam der Prospekt als Beilage im guten Glauben in den „Korr.“, es mit einer Sache zu tun zu haben, die nicht gerichtsnotorisch bekannt oder in die polizeiliche schwarze Liste eingetragen sei. Nun bezeugen uns Zuschriften einzelner Kollegen wie Berichte aus Versammlungen, daß wir trotzdem auf einen Schwindel hineingefallen sind. Das bedauern wir in erster Linie wegen der Mäßigkeit, daß vielleicht mancher unser Kollegen durch den Prospekt zu Ausgaben veranlaßt wird, die ihm keinen andern Nutzen bringen als den, um eine unangenehme Erfahrung reicher geworden zu sein. Da aber die Sache nun einmal geschehen und nicht mehr zu ändern ist, können wir den Lesern des „Korr.“ die Versicherung geben, daß wir in Zukunft unser schärfstes Augenmerk darauf richten werden, nicht nur den Inhaltsteil von solchen zweifelhaften Anpreisungen freizuhalten, sondern auch dafür sorgen werden, daß von uns keine solche Beilage mehr in die Hände unserer Leser kommt. Infolgedessen haben wir uns auch entschlossen, sofort alle geschäftlichen Verbindungen mit der in Frage kommenden Annoncenexpedition, durch deren Vermittlung unser Geschäftsführer zur Annahme der Beilage veranlaßt wurde, abzubrechen.

Abänderung der Ortsklassen des Reichsbefoldungsgesetzes. Da unser neuer Lohnsatz hinsichtlich der Bemessung der Lokalzuschläge sich auf die Ortsklassen des Reichsbefoldungsgesetzes stützt, so sind diesbezügliche Veränderungen des Gesetzes auch in Zukunft für das Buchdruckergewerbe von Wichtigkeit. Zu beachten ist dabei jedoch, daß solche Veränderungen innerhalb einer Tarisperiode auf eine andre Gestaltung der Lokalzuschläge keinen Einfluß haben. Das würde erst beim Übergang in eine neue Periode in Frage kommen. So wurden nach den Beschlüssen des Bundesrats vom 18. Januar d. J. folgende Orte in eine höhere Ortsklasse eingereiht: in Klasse A: Stuttgart; in Klasse B: Platanense, Godesberg, Lufschwitz, Forzheim, Remscheid; in Klasse C: Brühl, Buer, Hamborn, Königswinter, Lichterode, Offenburg (Baden), Rappberg, Wesel; in Klasse D: Waldenfurt (Kreis Kallowitz), Uplerbeck, Witz auf Mügen, Bradwebe, Braubach, Degenborn, Dohlsheim, Goldheim in Schlesien, Mahlsdorf bei Berlin, Michelsdorf, Neustadt a. Harbt, Schweinfurt (Bayern), Schwärin an der Warthe, Treuen; in Klasse E: Vergheim a. d. Sieg.

Eine „neue“ Leitlinie der Allgemeinen Deutschen Buchdruckerunterstützungskasse. Da die bisherigen Anstrengungen der Zeitung dieser angeblich neutral sein wollten Buchdruckerhilfskassen ersatzlos verfallen sind, den gewünschten Erfolg hatten, veruchte sie es im nächsten abgelaufenen Frühlingsmonate noch einmal zu erproben, ob tatsächlich die Zahl derjenigen unter den deutschen Buchdruckerhilfskassen, die kein Brett vor dem Kopf haben, im Aussterben begriffen ist. Das geschieht nun in der gleichen Weise, wie wir es schon in Nr. 136 des vorigen Jahrgangs konstatierten konnten. Da man seiner Sache auch mit dem besten Willen keine zugkräftigeren Seiten mehr abgewinnen konnte, um sie schmählicher zu machen, begnigte man sich damit, den vorjährigen „Aufruf an Deutschlands Buchdrucker“ unter einem andern Datum erscheinen zu lassen und die Sache war fertig. Und so finden wir denn auch im neuen Angelprospekt sämtliche alten Ladensüter von anno dazumal hübsch der Reihe nach wieder: die kritische Zeit, die Tarifverhandlungen, die Klage über die Mängelhaftigkeit der Gehilfen von ihrer eigenen Organisation statt von Prinzipalgegnern, die moralisch unwahre Behauptung von der Rechtlosigkeit der Verbandsmitglieder hinsichtlich ihrer Unterstützungsansprüche und was dergleichen Kraut und Rüben widerprüchsvoller Behauptungen noch zu denken sind. Dann folgt das obligate Loblied eigener Tätigkeit und Unheimlichkeit mit dem Appell an die sogenannte Ehrenpflicht für jeden Buchdruckerbesitzer, der Klasse neue Mitglieder zuzuführen. Wir haben dem weiter nichts hinzuzufügen. Es ist die alte Geschichte. Aus der ganzen neuzeitlichen Entwicklung des Buchdruckergewerbes haben die verantwortlichen Leiter der Unterstützungsstelle rein gar nichts gelernt. Je mehr Mitglieder dem Verbands als dem erprobtesten Förderer der Gehilfeninteressen im Buchdruckergewerbe zuträben, desto energischer haben sich die Herren ein, es wäre die Möglichkeit vorhanden, ihren Weizen zum Mühlstein zu bringen. Ein solcher Wahn unter solchen Umständen kann nur Mitleid erwecken, weshalb wir allen Kollegen, die im Sinne des „neuen Aufrufs an Deutschlands Buchdrucker“ von gutgläubigen oder ewig blinden Propagandisten der Allgemeinen deutschen Buchdruckerunterstützungskasse angebetet werden, den Rat geben, den betreffenden Herren möglichst schonend begreiflich zu machen, daß für ihre Bestrebungen im deutschen Gehilfenlager vernünftige Menschen nicht mehr zu haben sind. Wollen die Herren

das nicht glauben, dann verweise man sie auf unsere erste Rundschau vom Nr. 136 vom vorigen Jahre. Dort finden sie, was ihnen von unserer Seite als Antwort auf ihre neuesten Unterkaufworte zu sagen wäre. Und im übrigen empfehlen wir allen, die noch ein übriges in dieser Sache tun möchten, in geeigneter Weise auf die Lehren von der Parabel „Wo der Fruchts den Enten prebigt“ hinzuweisen.

Gewerkschaftsnachrichten. Zentrale Verhandlungen im deutschen Schneidergewerbe in Frankfurt a. M. sind nach fünfjähriger Dauer wegen ungenügender Zustände in der Lohnfrage gescheitert. Die Vertreter der Verbände beschloßen, wo am 1. März die Tarife ablaufen, die Arbeit bei den Verbandsfirmen einzustellen. Weiter sollen die Streikenden die erste Woche auf Unterstützung verzichten. Die örtlichen Vertreter haben dem einstimmig zugestimmt. Vom 1. März ab gahen die in Arbeit bleibenden Verbandsmitglieder doppelte Wochenbeiträge. Für die Lohnbewegung in der Maßschneiderei kommen etwa 2286 Firmen, die dem Unternehmerverband angehören, in Betracht. Beschäftigt werden in diesen Firmen rund 22 000 Gehilfen. Davon sind im freien Verband 15 000 organisiert, in den beiden andern an der Bewegung beteiligten Verbänden etwa 4000. Unrichtig ist, was in den bürgerlichen Blättern nicht allein über die Zahl der Beteiligten zu lesen ist, sondern auch, daß die Arbeiter „Frankfurter Löhne“ fordern. Die Arbeiter fordern den örtlichen Verhältnissen angepaßte Löhne. — Wegen Fortdauer der Lohnbewegung der Maurer und Bauarbeiter auf der Insel Vorkum wird es als Ehrensache jedes Bauarbeiters betrachtet, bis auf weiteres Vorkum zu meiden. — In Leipzig haben die Expeditionsarbeiter nach eintägigem Streik eine wesentliche Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt. — In Hamburg sind die Erdriemenarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern 53 stündige Wochenarbeitszeit, nach Berufsjahren gestaffelte Stundenlöhne, Ferien, höhere Altersrentenentschädigung, allmähliche Verringerung der Motorarbeit und Verzählung der Hilfsarbeiter, die Arbeiten gelernter Sattler verrichten, nach den Lohnsätzen der letzteren. — Die Arbeiter der Schiffswerften von Schidau in Danzig und Elbing und Klawitter in Danzig haben im Einverständnis aller in Frage kommenden Organisationsleitungen auf neue Lohnforderungen eingereicht. — Im sächsischen Tapezierergewerbe ist seit längerer Zeit eine Tarifbewegung im Gange. Luzug ist ferngehalten.

Gestorben.

- In Berlin am 12. Februar der Buchdruckerbesitzer Gustav Rath.
- In Celle der Buchdruckerbesitzer Karl Rehle.
- In Hamburg am 24. Februar der Drucker Konrad Mohr aus Kl.-Hof (Kr. Braunsberg) 39 Jahre alt — Lungentuberkulose.
- In Göttingen am 25. Februar der Seher Fritz Böhm aus Dreißigacker bei Meiningen, 23 Jahre alt.
- In Leipzig am 20. Februar der Seherinwaise Wilhelm Hornebus aus Stettin, 67 Jahre alt — Magenleiden.
- In Leipzig am 20. Februar der Seher Fritz Conrad, 21 Jahre alt — Lungenschwindsucht.
- In Regensburg am 23. Februar der Seher Joseph Lechner, 30 Jahre alt.
- In Stade (Hannover) am 22. Februar der Seher Paul Scholz aus Lauban (Schles.), 47 Jahre alt.
- In Wien am 8. Februar der Seher August Müller, 38 Jahre alt; am 10. Februar der Seher Franz Johann Pfeil, 42 Jahre alt; am 11. Februar der Seher Joseph Richter, 39 Jahre alt.

Briefkasten.

M. S. in D.: Gebunden Sie sich einige Tage; wir müssen bei einem unser Mitarbeiter dieserhalb nachfragen. — W. F. 1033: Das Unternehmen ist uns vollständig unbekannt. Ihre Anfrage ist die erste dieser Art. Wir werden die Sache dem Berliner Gewerkschaften zur Prüfung übergeben. Vorläufig empfehlen wir Ihnen möglichste Zurückhaltung. — Nach Halle: Der „Festartikel“ der „Leipziger Volkszeitung“ zur Jubiläumsfeier des Leipziger Vereins richtet sich von selbst. Wir können Ihnen sagen, daß auch in Leipzig über diese den Buchdrucker gewidmeten Vorlesungen nur eine Stimme herrscht. Es ist geradezu bewundernswert, mit welcher falschen Konsequenz man an gewisser Stelle in Leipzig alle Dinge beivertet. Jedenfalls hat sich die „L. B.“ auch über die Kreise der Buchdrucker hinaus mit diesem sogenannten Begrüßungsartikel einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Wenn die Redaktion der „L. B.“ sich in einem solchen Fall auf einen von jeder als Querulanten und unverdäulichen Phrasen bekannten Buchdrucker verlassen muß, dann ist sie sehr schlecht beraten. Der Ehrgeiz, unter allen Umständen eine andre als die vernunftgemäße Ansicht zu vertreten, wirkt einfach lächerlich. — W. D.: Ihre Auskunft war nicht irrtümlich. Im übrigen: Weibe im Bande und nähre dich redlich! — G. S. in Leipzig: „Gesehmal“ ist die auch für diesen Titel beachtliche Witzung. — W. D.: Sie meinen es gewiß gut, aber wir mindestens ebenso mit den Interessen der Kollegen. Laßt doch die Falschmünzer gewähren, jeder richtige Buchdruckergehilfe weiß doch, wo das System für Knechtfeulen ist und wer sich darin wohl füllt. — G. B. in G.: 1. Eine weitere derartige Anstalt gibt es auch in Leipzig nicht. 2. Sie müssen die Gehilfenprüfung abgelegt haben. 3. In Leipzig könnten Sie allerdings in der Typographischen Vereinigung derartige Kurse durchmachen, aber wir dächten dort auch, (Hierzu eine Beilage).

Fast 30000 Orte Deutschlands zählt jetzt der Kundenkreis des weltbekanntesten Versandgeschäftes Jonaß & Co. in Berlin. Der beinahe 600 Seiten starke Prachtkatalog mit 4000 Abbildungen, über Tafeln, Wandtafeln, Schminkeartikel aller Art, photographische Apparate, Geschenkartikel, Sprechmaschinen und Musikinstrumente wird auf Verlangen jedem Leser dieser Zeitung ohne Kaufzwang gratis und kostenfrei zugesandt. Derselbe erfreut wegen seiner außerordentlichen Reichhaltigkeit und vornehmen Ausstattung jedermann. Alle in diesem Prachtkatalog abgebildeten Sachen

Wegen bedeutender Erweiterung unseres Betriebes suchen wir zum sofortigen oder eventuell auch späteren Eintritt tüchtige, an gewissenhaftes Arbeiten gewöhnte **Komplettgießer, Handgießer, Fertigmacher und Hölzfräser** für dauernde Kondition. [653]

Schriftgießerei Ludwig & Mayer, Frankfurt a. M.

Erster Akzidenzsetzer

wünscht sich als **Korrektor** oder **Setzer** zu verändern. Brina Zeugnisse zu Diensten. Beste Offerten unter M. N. 12 hauptpostlagernd Leipzig. [813]

Tüchtiger

Akzidenzsetzer

durchaus selbst. Arb., 28 J., verh., m. mod. Mat. volk. vertr., firm in allen merkant. Arbeiten, in fette Handtoren gew., sucht Stellg. in Leipzig. Eintr. n. Überleit. Wert Ang. unter Nr. 857 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Maschinenmeister
24 Jahre alt, an Schnell- u. Siegedruckpressen tüchtig sowie an selbständiges Arbeiten gewöhnt, sucht tarifliche Kondition. Selbiger ist auch mit d. Flachdruckrotationsmaschine Dupteg vertraut. Offerten erbeten an **Frank Pule**, Swine münde, Reute Straße 62. [813]

GALVANOPLASTIKER

in seinem Fach erstklassig, suchen **Schönwolf & Pflenniger**, Klischeefabrik, Dresden - A., Gruner Straße 27. [812]

Lehrbriefe

von Professor Honogger entworfen, auf feinstem Papprolin modernfarbig gedruckt, zusammenlegbar in fester Mappe (Taschenformat), liefert pro Stück für 2 Mk. der Verlag Julius Mäser, Leipzig. [820]

Setzerblusen
echt blauweiß gestreift u. in jeder Farbe:
110 120 130 140 cm lang
Qual. extra 3,40, 3,60, 3,80, 4,00 Mark
" Fa. 3,10, 3,20, 3,35, 3,50
" I 2,85, 3,00, 3,15, 3,30
" II 2,55, 2,70, 2,85, 3,00
" III 2,20, 2,35, 2,50, 2,65
Maschinenmeisteranzüge zu 2,50—6,00 Mk.
Arno Etzold in Gera (R.)
Fabrik für Bekleidungs- und Wäsche.
Katalog frei [410]

Gautschbriefe

in hochfeiner mehrfarbig. Ausstattung liefert zum Preise von 1 Mk. pro Stück (Porto bes.) der Verlag Julius Mäser, Leipzig. [819]

In Buchdr.-Kalkulation

und Papierkunde erteilt brieflich Unterricht die „Freie Fachschule“ in Berlin-Neukölln.
Herr Ingenieur A. Lutz
beginnt am 4. April einen Kursus in Papierkunde in der „Freien Fachschule“ in Berlin-Neukölln, Bürkenstraße 12. [785]

Chemie, 8te S. m. D. Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, im „Rantshof“.

Unterstützungsverein der Buchdrucker in Augsburg (Zuschußklasse).

Sonntag, den 10. März, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Burgharten“:
Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Genehmigung der Rechnungsablage für die Vereinsjahre 1911; 2. Wahl des Vorstandes und der Rechnungsrevisoren; 3. Beschlüsse und Unterstützungen; 4. Vereinsmitteilungen. [850]
Jahresreich Besuch erwartet
Der Vorstand.

Festmarsch für Streichorchester m.
Schlußchor von Alfred Schweidert. Text des Schlußchors von Willi Krahl.
Komponist FRITZ LUBRICH Jun. (Leipzig) schreibt: „Der Festmarsch imponiert durch seinen schwungvollen Aufbau, durch seine gewählte Thematik und Harmonik und hebt sich dadurch vor ähnlichen Kompositionen rühmlichst hervor. Besonders wirkungsvoll ist der als Trio gedachte Schlußchor, welcher dem ganzen Opus einen prächtigen Abschluß gibt. Ich kann dieses Werk nur als beste Empfehlung und zugleich nicht an seiner durchschlagenden Wirkungskraft.“
Man verlange Probestimmungen von RADELLI & HILLE, Leipzig, Salomonstraße 8.

Nich. Härtels Bucherverhand

(K. Siegl), Mühlendamm 50 7, Poststraße 7, Fachliteratur, Werke, Musikalien u. Theaterstücke. Katalog unbeschränkt und frei.
Notations- und Schreibräume nicht Mundreotypie.
Von Witz, Ged. 3 Mk.
Aus dem Buchdruckerverband. Von R. Zindler laub. Prologe, Festspiele usw. 50 Pf.

Für nur 35 Mark

liefern wir gegen monatliche Teilzahlungen von nur 3 Mk. eine prachtvolle

Klassiker-Bibliothek

enthaltend die Werke Schiller, Goethe, Lessing, Körner, Hauff, Lenau, Uhland, Shakespeare, Kleist, Holne. 10 Werke, zusammen 72 Bände in 24 eleganten Ganzleinenbänden eingebunden.

Klassiker Verlag Otto & Co.,
Berlin-Schöneberg, Martin Lutherstr. 68.

Warum auf jeden Fall

sind die Abonnenten der Typographischen Jahrbücher

im Vorteil?

Die Abonnenten erwerben jährlich für 60 Pf. pro Heft: 350 erstklassige, ein- und mehrfarb. Satz- und Druckmuster, Proben der neuesten Schriften, des Papierses und der Farbe.

Kostenlose Beteiligung am:

Fernkursus im Kalkulieren — Fernkursus im Schriftschreiben — Fernkursus im Zeichnen und buchgewerblichen Entwerfen — Druckkosten-Preis-ausschreiben. Eine praktische Neuordnung bieten wir ferner mit den Linienlehrtafeln für Akzidenzsetzer. Präziser sachlicher Text und eine umfangreiche Kritik aller Neuerscheinungen auf fachlichem Gebiete zeichnen die Typographischen Jahrbücher besonders aus; die wertvollen technischen Abhandlungen und Belehrungen finden das erhöhte Interesse jedes Buchdruckers.

Preis jedes Heftes nur 60 Pf. Aus alledem sind die Abonnenten der Typographischen Jahrbücher

im Vorteil auf jeden Fall!

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen sowie der Verlag der Typograph. Jahrbücher, Leipzig, entgegen.

Magenkranke
ebenso mit Stuhlverstopfung, Hämorrhoiden usw. Behaftete erhalten von mir gerne kostenlos Auskunft, wie zahlreiche Personen von diesen lästigen Leiden befreit worden sind.
Krankenschwester Marie Wiesbaden A. 155
Nikolaistraße 6.

Güte in allen Dingen bei

Gutmachermeister, Berlin, Prinzengasse 57.
Verbandsmitglieder erhalten 10 Prozent Rabatt.
V. d. D. B., Verbandsorgan, Ring p. 100 Mk. 7, „Gutenberg“, Zigarrenversandh. Goch (holl. Grenze), Koll. W. Boomers. Druckereivertr. ges.

Am 24. Februar starb hier im Krankenhaus der auf der Reise befindliche Drucker
Konrad Rohn
aus Kl. Hof, Kr. Braunsberg, im 89. Lebensjahre. [881]
Ehre seinem Andenken!
Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 22. Februar verstarb in Stado unser

lieber Kollege, der Setzer [893]
Paul Scholz
im Alter von 45 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirk Weser-Elbe.

Gegen monatl. Teilzahlungen

erhalten Verbandskollegen Buchhaus' u. Meyers Kl. Konversationslexikon u. andre größere Werke durch R. Siegl, Mühlendamm 50 7, Poststr. 7. [849]

werden auf Teilzahlung in monatlichen Raten geliefert. Die Preiswürdigkeit der Waren beweisen auch die tausende Anerkennungen und die vielen Bestellungen für Barzahlung, trotzdem die Firma ihre Waren auf Ratenzahlung anbietet. Die Firma sendet alle Briefe und Waren porto- und frachtfrei mit Ausnahme von Sendungen unter 20 Mt. Daher lasse sich jeder sofort diesen Katalog kommen. Genaue Adresse: Jonaß & Co., Berlin N. S. 407, Belle-Alliance-Straße 3. [828]

Vereinigung der Stereotypen u. Galvanoplastiker Gau Mittelrhein

(Sitz Mannheim).
Sonntag, den 10. März, vormittags 10 Uhr, findet in Mannheim, im Restaurant „Zum alten Reichsanter“, S. 6, 20 (am Friedr. Spring), die diesjährige

Erste ordentliche Generalversammlung

statt. Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Erhaltung des Jahresberichts; 3. Kassenericht; 4. Wahl des Vorstandes, der technischen Kommission und der Revisoren; 5. Tarif und Hilfsarbeiterfrage; 6. Technisches; 7. Statuserberatung; 8. Anträge; 9. Verschiedenes.
Jahresreicher Beteiligung sieht entgegen
Der Vorstand.

Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker Leipzigs.

Donnerstag, den 21. März, 7 Uhr, im Etablissement „Schloßkeller“

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden und Kassierers; 2. Vereinsmitteilungen; 3. Verschiedenes. [851]
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Gesangverein Gutenberg v. 1898 Kiel.

Sonntag, den 16. März, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (großer Saal).
Großes Rappenfest.
Die Kollegen der umliegenden Ortschaften sind hiermit freundlichst eingeladen.
Der Vergnügungsausschuß. [849]

Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften
Soeben erschien in unserm Verlage:
DIE KALKULATION
von Druckerarbeiten / Sonderabdruck aus den „T. M.“
64 Seiten stark / Preis auschl. Porto 30 Pf.
Der außerordentliche Beifall, den die Artikelserie „Das Kalkulationswesen“ überall gefunden hat, veranlaßt uns; dieses aktuelle Thema in einem Sonderabdrucke herauszugeben. Den Vertrieb hat Kollege Karl Richter, Leipzig-Reudnitz, Hofer Straße 20 patt., übernommen.

Jede Woche eine Lieferung a 50 Pfennige

gegen wir ab von der für jeden Gehilfen Unterrichtsbriefen für Buchdrucker
Serio A (Setzer) 80 Briefe, Serio B (Drucker) 80 Briefe. Porto pro Brief 10 Pf., besonders.
Gegen Einsendung von 3 Mk. pro Monat liefern wir sechs Briefe franko.

Die Unterrichtsbriefe sind für alle diejenigen Buchdrucker bestimmt, die es verstanden, aus guten Lehrbüchern nützliche Anregungen und Vorbilder für ihr tägliches Schaffen zu schöpfen. Nur derjenige Buchdrucker vermag sich jetzt erfolgreich durchzusetzen, der mit allen Disziplinen seines Berufs genau vertraut ist. Hierzu weisen namenlich den jüngeren Gehilfen und den auslernenden Lehrlingen die Unterrichtsbriefe für Buchdrucker allein den richtigen Weg! [771]

Ausführlichen Prospekt versendet die Graphische Verlagsbuchhandlung Julius Mäser, Leipzig-R.

Wenn wir Sie sprechen könnten
würden wir Sie sicher davon überzeugen, dass Sie durch direkten Bezug aus unserer Fabrik in Anzugstoffen, Paletotstoffen, Hosenstoffen, Westenstoffen, Damentuchen etc. unbedingt Vorteile haben. Spezialität: Erstklassige Neuheiten in besser. Qualität zu allerbilligst. Preis. Verlang. Sie durch Postkarte Must. wir senden dieselb. sofort franko ohne Kaufzwang.
Lehmann & Assmy, Spremberg L. 14
Größte u. Älteste Tuchfabrik Deutschlands dies. Art. [654]

Kein Laden, nur 1 Tr. Preisliste franko. Kein Laden, nur 1 Tr.
Trotz Steuererhöhung zu bekannt billigsten Engrospreisen!

Bourne's Planzer

Pikant, blumig. 100 Stück 4,85 Mk.
Kleine Mexiko . . 100 St. 3,— Mk. | Don Diaz . . . 100 St. 4,50 Mk. | Pflanzler-Import 100 St. 5,50 Mk.
Nr. 109, rein Überr. „ 4,30 „ | El Grando . . . „ 5,— „ | Gisela . . . „ 6,— „

Nicht Zusagendes nehmen zurück. 400 Stück franko Deutschland Nachh.
Czollek & Gebale, Berlin, Neue Promenade 7, I. Etage.
Geöffnet bis 8 Uhr abends, auch Sonntags geöffnet.